

# Inhaltsverzeichnis

---

Abkürzungsverzeichnis.....	XIII
<b>I. Einführung</b> .....	1
A. Die regionale und kommunale Ebene als zentraler Baustein des europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodells und Kern nationaler Identität.....	1
1. Zentralisierungstendenzen und Gegengewichte.....	1
2. Regionen und Kommunen als Ausdruck der nationalen Identität und als Element der europäischen Zuständigkeitsverteilung.....	3
3. Regionen und Kommunen als Träger der Daseinsvorsorge..	6
4. Formell-organisatorische Regeln zur Förderung der Funktionsfähigkeit und Effektivität der Aufgabenbesorgung durch Kommunen und Regionen.....	7
5. Ergebnis.....	8
B. Untersuchungsgegenstand und Forschungsfrage: Einwirkungen der Grundfreiheiten und des Wettbewerbsrechts auf zentrale Aufgabenfelder von Kommunen und Regionen.....	9
<b>II. Detailanalysen nach Politikbereichen</b> .....	11
A. Daseinsvorsorgepolitik.....	11
1. Untersuchungsgegenstand.....	11
2. Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben.....	16
a. Kompetenzielle Grundlagen.....	17
i. Die Ermächtigung zu privatrechtsförmigem Handeln	17
ii. Geltung des Art 118 Abs 2 B-VG auch für die Privatwirtschaftsverwaltung?.....	18
b. Interkommunale Zusammenarbeit.....	19
c. Rechnungs- und Gebarungskontrolle.....	22
i. Gebarungskontrolle durch die Gemeindeaufsichtsbehörde.....	22
ii. Gebarungskontrolle durch den Rechnungshof.....	23

d.	Verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte . . . . .	24
i.	Keine grundrechtliche Verpflichtung zur Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen, jedoch Fiskalgeltung der Grundrechte . . . . .	24
ii.	Unionsrechtliche Verpflichtung zur Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen? . . . . .	26
e.	Die Gemeinde als Trägerin wirtschaftlicher Unternehmungen . . . . .	27
i.	Der Regiebetrieb . . . . .	27
ii.	Der Eigenbetrieb . . . . .	27
iii.	Ausgegliederte Rechtsträger . . . . .	28
3.	Unionsrechtliche Vorgaben . . . . .	29
a.	Der Unternehmensbegriff . . . . .	29
i.	Funktionelle Bestimmung . . . . .	29
ii.	Grenzen des Unternehmensbegriffs . . . . .	31
b.	Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit . . . . .	34
c.	Art 106 Abs 2 AEUV . . . . .	34
d.	Der beihilferechtliche Rahmen . . . . .	39
i.	Beihilferechtliche Besonderheit der Daseinsvorsorge . . . . .	39
ii.	Die <i>Altmark</i> -Entscheidung des EuGH . . . . .	40
iii.	Die Entwicklung eines sekundärrechtlichen Beihilferegimes für DAWI . . . . .	41
e.	Der vergaberechtliche Rahmen . . . . .	56
i.	Problemstellung . . . . .	56
ii.	Gemeinden und Einrichtungen öffentlichen Rechts als Auftraggeber . . . . .	57
iii.	Der hier interessierende sachliche Anwendungsbereich: Dienstleistungsaufträge und Dienstleistungskonzessionen . . . . .	59
iv.	Die Inhouse-Vergabe als Ausnahme vom Anwendungsbereich des BVergG 2006 . . . . .	66
v.	Die Ausgestaltung des kommunalen Handlungsspielraums durch die (weiterentwickelten) <i>Teckal</i> -Kriterien . . . . .	67
vi.	Institutionalisierte interkommunale Zusammenarbeit . . . . .	70
vii.	Nichtinstitutionalisierte kommunale Zusammenarbeit . . . . .	71
4.	Ergebnis und Kritik . . . . .	72
B.	Verkehrspolitik . . . . .	81
1.	Untersuchungsgegenstand . . . . .	81
2.	Das europäische Liberalisierungskonzept und der Kampf insb der Gemeinden um einen adäquaten Rechtsrahmen . . . . .	83

3. Die österreichische Rechtslage – unnötige Beschränkung des Handlungsspielraums der Städte und Gemeinden aufgrund von Rechtsunsicherheiten . . . . .	87
a. Allgemeines . . . . .	87
b. Beispiele für rechtliche Unsicherheiten . . . . .	88
i. Der (zu) langsame Abschied von den gemeinwirtschaftlichen Verkehren . . . . .	88
ii. Die unscharfe Definition der (kommunalen) Aufgabenträgerschaft. . . . .	90
iii. Der lange – rechtsunsichere – Weg zur Linienbündelung . . . . .	92
4. Zu den Handlungsspielräumen der Gemeinden . . . . .	95
a. Vergaberecht. . . . .	95
i. Der öffentliche Dienstleistungsauftrag als Dreh- und Angelpunkt . . . . .	95
ii. Der vergaberechtliche Rahmen im Zusammenspiel von verkehrsspezifischem und allgemeinem Vergaberecht . . . . .	97
iii. Der spezifische Handlungsspielraum der Gemeinden auf dem Boden der Vergabe an einen „internen Betreiber“ und der Inhouse-Vergabe. . . . .	100
b. Beihilferecht . . . . .	104
5. Ergebnis und Kritik . . . . .	106
C. Sozial- und Gesundheitspolitik. . . . .	109
1. Untersuchungsgegenstand. . . . .	109
a. Begriff der kommunalen Sozial- und Gesundheitspolitik . . . . .	109
b. Im Besonderen: Die Bedeutung der Gemeinden in der Sozial- und Gesundheitspolitik . . . . .	109
c. Eingrenzung. . . . .	110
2. Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben . . . . .	111
3. Unionsrechtliche Vorgaben. . . . .	113
a. Kompetenzen. . . . .	113
b. Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse . . . . .	114
c. Sozialer Wohnbau . . . . .	116
i. Beihilferechtliche Problemstellung . . . . .	116
ii. Der Standpunkt der Kommission im Einzelnen. . . . .	119
iii. Unionsverfassungsrechtliche Überlegungen. . . . .	121
iv. Weitere Problemlagen . . . . .	124
d. Rettungsdienste . . . . .	126
i. Ein Markt im Umbruch . . . . .	126

ii.	Vergaberechtliche Anforderungen nach den derzeit geltenden VergabeRL und dem Vergabeprimärrecht . .	127
iii.	Vergaberechtliche Anforderungen nach der Vergaberechtsnovelle 2014 . . . . .	129
e.	Krankenhausfinanzierung. . . . .	132
i.	Krankenhäuser als Unternehmen iSd Beihilferechts . .	132
ii.	Grenzüberschreitendes Element . . . . .	134
iii.	Freistellungsbeschluss. . . . .	135
4.	Ergebnis und Kritik. . . . .	136
D.	Umweltpolitik. . . . .	137
1.	Untersuchungsgegenstand. . . . .	137
a.	Begriff der kommunalen Umweltpolitik. . . . .	137
b.	Im Besonderen: Bedeutung der Gemeinden im Umweltschutz . . . . .	137
2.	Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben . . . . .	139
a.	Kompetenzielle Grundlagen. . . . .	139
i.	Überblick . . . . .	139
ii.	Art 118 Abs 2 und 3 B-VG. . . . .	140
iii.	Art 116 Abs 2 B-VG . . . . .	143
b.	Materielles Umweltverfassungsrecht. . . . .	144
c.	Verwaltungsrechtliche Grundlagen . . . . .	145
3.	Unionsrechtliche Vorgaben. . . . .	145
a.	Die Ökologisierung der Unionsverfassung. . . . .	145
i.	Die Entwicklung der Umweltpolitik in der Europäischen Union . . . . .	145
ii.	Der derzeitige Stand der europäischen Umweltverfassung. . . . .	148
iii.	Der derzeitige Stand des europäischen Umweltssekundärrechts. . . . .	150
iv.	Auf dem Weg zur Umweltunion? . . . . .	151
b.	Umweltförderungen: Der beihilferechtliche Rahmen . . . . .	152
i.	Forschungsfrage. . . . .	152
ii.	Der primärrechtliche Rahmen . . . . .	153
iii.	Die Reform der AGVO und der Umweltleitlinien . . . . .	155
iv.	Bewertung . . . . .	160
c.	Ökologische Beschaffung: Der vergaberechtliche Rahmen. . . . .	160
i.	Forschungsfrage. . . . .	160
ii.	Der bisherige Rechtsrahmen für ökologische Auftragsvergaben, insb im Hinblick auf „vergabefremde Kriterien“ . . . . .	161

iii. Fortentwicklung des Regimes für „vergabefremde Kriterien“ durch die VergabeRL 2014.....	166
iv. Bewertung .....	169
4. Ergebnis und Kritik .....	170
E. Kommunale Abgabepolitik .....	171
1. Untersuchungsgegenstand .....	171
2. Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben .....	171
3. Unionsrechtliche Vorgaben.....	174
a. Allgemeines .....	174
b. Primärrechtliche Vorgaben.....	175
i. Grundfreiheiten.....	175
ii. Beihilfeverbot.....	178
iii. Bewertung .....	184
c. Sekundärrechtliche Vorgaben.....	185
i. Überblick .....	185
ii. MwSt-SystRL .....	185
iii. Verbrauchsteuer-SystRL.....	186
iv. Abfall-RL und Abfalldeponien-RL.....	187
v. WasserrahmenRL .....	189
4. Ergebnis und Kritik .....	191
<b>III. Schluss .....</b>	<b>193</b>
A. Rekommunalisierung als Zukunftsoption in der Daseinsvorsorge?.....	193
1. Kommunalisierung des Unionsrechts – Rekommunalisierung ehemals privatisierter Unternehmen .....	193
2. Begriff der Rekommunalisierung .....	193
3. Zielrichtung .....	194
4. Chancen und Risiken sind vom Einzelfall abhängig .....	195
B. Zusammenfassende Thesen .....	198
Literaturverzeichnis .....	203
Stichwortverzeichnis .....	219